

Politische Proteste in Belarus im Jahr 2016

Von Vasil Navumau (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Zusammenfassung

In den letzten fünf Jahren sind die Protestaktivitäten in Belarus stetig zurückgegangen. Ursache hierfür sind vor allem repressive Gesetze in Bezug auf Protestaktivitäten und entsprechende Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden, die vor allem von 2011 bis 2013 umgesetzt wurden, um politische Aktivisten zum Schweigen zu bringen und den Preis einer Beteiligung an Protesten für die Bürger zu steigern. Es gibt jedoch noch weitere Gründe für den Rückgang von Protesten: die Unfähigkeit der Oppositionsvertreter, die allgemeine Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik in Proteste umzuleiten genauso wie die dramatischen Veränderungen der geopolitischen Situation. Der ukrainische Euromaidan mit der Eskalation von Gewalt ließ die Belarussen vor dem Versuch zurückschrecken, die Lage in ihrem Land mit den Mitteln einer friedlichen Revolution zu verändern, was von 2006 bis 2010 das Hauptziel der Opposition gewesen war. Im Ergebnis waren neben den »üblichen Verdächtigen«, kleinen oppositionellen Gruppen, die Privatunternehmer 2016 die einzige Gruppe, die mit Protesten für ihre Rechte kämpfte, wobei ihre Aktionen ursprünglich ausdrücklich als unpolitisch präsentiert wurden.

Einleitung

Wie der belarussische Politikwissenschaftler Andrei Yahorau bereits 2008 ausführte, fallen die Höhepunkte der Protestzyklen in Belarus seit 1994 in Zeiten der Parlamentswahlen und vor allem der Präsidentschaftswahlen. Aljaksandr Lukaschenka, von einem gewissen Teil der belarussischen Gesellschaft als illegitimer Präsident angesehen, hat die Wahlen immer mit großem Abstand gewonnen, was einige gegen die als unfair angesehenen Wahlen protestieren ließ. Seit 1996 kann jedoch ein schrittweiser Rückgang der Teilnehmerzahl bei Protestaktionen beobachtet werden. Das ließ einige Analytiker zu dem Schluss kommen, dass sich das autoritäre Regime in Belarus mit dem Beginn der 2000er Jahre konsolidiert hatte.

Die Orange Revolution in der Ukraine Ende 2004 ließ dann viele Belarussen wieder daran glauben, dass ein friedlicher Machtwechsel in ihrem Land möglich ist: Sie versuchten nach den Präsidentschaftswahlen von 2006, den sogenannten »Belarussischen Maidan« oder »Ploschcha« zu organisieren. Der Protest endete jedoch in einem Desaster – etwa 700 Teilnehmer wurden verhaftet, darunter der Präsidentschaftskandidat Aljaksandr Kazulin, der zwei Jahre im Gefängnis verbrachte.

2010 versuchten oppositionelle Präsidentschaftskandidaten erneut, die Menschen zu Protesten aufzurufen, aber dieses Mal waren die Repressionen noch brutaler. Die Spezialeinheiten räumten den Unabhängigkeitsplatz in sieben Minuten von den Demonstranten, wobei sieben von acht oppositionellen Präsidentschaftskandidaten festgenommen wurden. In den folgenden Jahren schalteten die Behörden politische Gegner mit verschiedenen Methoden, wie Verhaftungen, Geldstrafen, Anwendung repressiver Gesetze usw., systematisch aus. Vor diesem

Hintergrund überrascht es nicht, dass die Präsidentschaftswahlen von 2015 die ersten in der Geschichte von Belarus waren, bei denen die Mehrheit der protestwilligen Bürger lieber zu Hause blieb, als gegen die unfairen Wahlen zu demonstrieren.

Wie schon in den vorangegangenen Jahren gab sich auch 2015 kaum jemand der Illusion hin, dass die Wahlen fair sein würden. Tatsächlich gewann Lukaschenka dann auch mit dem Rekordergebnis von 83 Prozent, während die Oppositionskandidatin Tatjana Karatkevitich, von der Bürgerbewegung »Die Wahrheit sagen«, als Zweitplatzierte nur 4 Prozent der Stimmen erhielt. Obwohl die OSZE-Vertreter zu dem Schluss kamen, dass das Wahlrecht im Verlauf der Wahlen vielfach verletzt worden war, versammelten sich diesmal nur einige Hundert Menschen auf dem zentralen Platz in Minsk, um gegen die Fälschungen zu demonstrieren.

Angesichts der dramatischen Eskalation des Euromaidans in der Ukraine war den Belarussen bewusst, dass zu massenhaften Toten und Verletzten führen kann, was als friedliche Revolution beginnt. Daher konnte die belarussische Opposition friedlichen Protest als mögliche Lösung für die belarussische Situation schwer vertreten: Bedenkt man Lukaschenkas Entschlossenheit, »seine Macht mit der Waffe in der Hand zu verteidigen«, sowie seine Kontrolle über die Strafverfolgungsbehörden, war klar, dass ein Euromaidan-Szenario in Belarus noch fatalere Konsequenzen haben könnte.

2016, im Jahr der Parlamentswahlen, konnte so ein weiterer Rückgang der Protestaktivitäten beobachtet werden. Laut einer Umfrage des in Litauen registrierten unabhängigen belarussischen Meinungsforschungsinstituts IISEP im Juni 2016 waren nur 15 Prozent der Belarussen bereit, auf die Straße zu gehen, um einen Wan-

del im Land herbeizuführen. Obwohl etwa 36 Prozent der Belarussen die Fälschung der Ergebnisse der Parlamentswahlen erwarteten, hatte eine Versammlung für faire Wahlen nur 300 bis 500 Teilnehmer. Diese Entwicklungen waren nicht allein auf die brutalen Repressionen der Strafverfolgungsbehörden in der Vergangenheit zurückzuführen, sondern auch auf die Fähigkeit der belarussischen Gesellschaft, sich mit den schlechter werdenden Bedingungen zu arrangieren statt gegen sie zu protestieren. 66 Prozent waren sicher, dass Veränderungen im Land notwendig sind. Die Parlamentswahlen brachten dann doch ein unerwartetes Ergebnis, denn zum ersten Mal seit den 1990er Jahren wurden zwei Oppositionskandidaten im Parlament zugelassen.

Organisatoren von Protestaktionen

Laut bis zum 21.11.2016 erhobenen und über tut.by, naviny.by und spring96.org abgerufenen Daten gab es 2016 insgesamt 49 kollektive Protestaktionen mit mindestens 50 Teilnehmern. 28 wurden von Unternehmern organisiert und weitere 21 von politischen Parteien und Bewegungen (wie Za svobodu, Vereinigte Bürger-schaftliche Partei von Belarus, Belarussische Christdemokraten, Belarussische Volksfrontpartei, Eurapeiskaja Belarus, Razam und anderen). Die aktivsten Akteure waren die Bewegung Jugendfront und die Belarussische Volksfrontpartei, die bei 18 der 21 politischen Aktionen beteiligt waren. Die Kommunisten organisierten eine Protestaktion.

Die Bewegung Jugendfront ist eine internationale demokratische Jugendbewegung, die 1997 im Zuge des Heißen Frühlings gegründet wurde, aus Protest gegen das 1996 von Lukaschenka initiierte Verfassungsreferendum und die Integrationspolitik mit Russland. Die Jugendfront organisierten 2016 elf Aktionen, darunter mit größter Sichtbarkeit die »Nationalfahnen-Avenue«, bei der Aktivisten mit weiß-rot-weißen Fahnen, dem wichtigsten Symbol der Opposition, entlang der Hauptstraße in Minsk standen, um zur Feier des Unabhängigkeitstags gegen die Errichtung eines Lenin-Denkmal in der Nähe der Minsker Traktorenwerke zu protestieren. Ein Hauptthema der anderen Aktionen der Jugendfront war die »national-orientierte« Erziehung basierend auf christlichen Werten. Der Anführer der Bewegung, Dmitri (Smitser) Daschkewitsch, ein ehemaliger politischer Gefangener, wurde etliche Male präventiv festgenommen und von der Polizei wiederholt misshandelt.

Die Partei Belarussische Volksfront, entstanden aus der zivilgesellschaftlichen Bewegung Belarussische Volksfront Renaissance, die 1988 von Sjanon Pasnjak gegründet wurde, organisierte acht Aktionen, darunter Dziady, Dzen Voli und Charnobylski Schlyakh. Die wichtigsten Anliegen dieser Aktionen waren die Förde-

rung der belarussischen Sprache und Kultur sowie die Demokratisierung des Landes.

Eine weiterer von der Fahrradbewegung Critical Mass organisierter Protest wurde wegen der brutalen Maßnahmen der Polizei zur Auflösung der Aktion in den Massenmedien stark beachtet.

Proteste der Unternehmer

Mit Bezug auf die schlechter werdende wirtschaftliche Situation traten nur die Privatunternehmer 2016 für ihre Interessen ein. Sie forderten die Abschaffung des Dekrets 222, das Unternehmer zur Zertifizierung im Ausland erworbener Waren verpflichtet, was viel Zeit und Geld kostet und ein Handelshindernis darstellt sowie verbesserte Bedingungen für den Handel. Insgesamt organisierten sie etwa 28 Aktionen in Minsk und regionalen Städten.

Der Höhepunkt der Proteste, die von Privatunternehmern (M. Statkewitsch, A. Schumtschenko und A. Makajew) organisiert wurden, lag dabei am Jahresanfang. Im Januar gab es zwölf Protestaktionen, im Februar zehn, im März vier und zwei im April. Die größten Aktionen fanden am 15. Februar in Minsk (mit etwa tausend Teilnehmern) und am 19. und 29. Januar in Homel statt (mit 500 bzw. 600 Teilnehmern).

Außerdem führten die Vertreter der Privatunternehmer zwei Foren durch (ein weiteres wurde abgesagt), auf denen sie mit den Behörden über die Abschaffung des Dekrets 222 verhandelten. Nachdem ihren Forderungen nicht entsprochen wurde, wurden die Parolen der Unternehmer politischer, die erste Aktion mit politischen Slogans fand am 22. Februar statt. Letzten Endes traf sich Präsident Aljaksandr Lukaschenka selbst mit den Aktivisten und erlaubte ihnen, ohne Dokumente zu arbeiten, warnte sie jedoch, dass der Steuersatz für sie allmählich steigen würde.

»Traditionelle« Protestaktionen

Das offizielle belarussische Geschichtsbild beschreibt die politische Entwicklung des Landes entlang der Sowjetvergangenheit, mit dem Sieg im Zweiten Weltkrieg als Gründungsmythos. National-orientierte belarussische Intellektuelle hingegen datieren die Entstehung des belarussischen Staates auf die 1918 gegründete Volksrepublik Belarus zurück und kämpfen für die Wiederbelebung der belarussischen Kultur und Sprache. Die nationale Opposition hat dementsprechend ihren eigenen Kalender mit Gedenktagen, an denen traditionell Demonstrationen und Protestversammlungen organisiert werden. Die wichtigsten Gedenktage sind der *Dzen Voli* (Freiheitstag), der *Dziady* (Großväter, Allerseelen) und der *Charnobylski Schlyakh* (Tschernobyl-Pfad). Der Freiheitstag am 25. März dient der Erinnerung an die

Gründung der Belarussischen Volksrepublik. Allerseen am 2. November ist ein traditioneller Totengedenktag, der nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Aufdeckung der Wahrheit über die Massenexekutionen von 1930 bis 1940 in Kurapaty politisiert wurde. Die Belarussische Volksfront veranstaltete in der Regel einen Marsch, bei dem Kreuze aufgestellt wurden – als Symbol dafür, dass die Opfer der stalinistischen Repressionen im öffentlichen Gedächtnis präsent bleiben werden. *Charnobylski Schlyakh* (Tschernobyl-Pfad) ist eine Protestaktion, die traditionell am 26. April stattfindet, dem Tag der Tschernobyl-Katastrophe. Die Teilnehmer dieser Aktion protestieren aktuell auch gegen Lukaschenkas Entscheidung, ein neues Kernkraftwerk im belarussischen Astrawez zu errichten.

In der Regel ziehen die Veranstaltungen zu den wichtigsten Feiertagen des alternativen Kalenders eine bedeutende Menge von Menschen an – nicht so jedoch 2016: Nur ein paar Hundert Menschen nahmen an den rituellen Feierlichkeiten von *Charnobylski Schlyakh* (700), *Dzen Voli* (1000) und *Dziady* (170) teil. Interessant ist, dass diese drei Aktionen die einzigen Protestaktionen waren, die die Behörden genehmigten, da sie diese »rituellen« Veranstaltungen offensichtlich nicht als Bedrohung ansehen.

Themen und Parolen

Das Themenspektrum, das die Aktivisten mit den Protesten im Jahr 2016 abdeckten, ist groß. Im Rahmen der »traditionellen« Aktionen wie *Dzen Voli*, das üblicherweise von allen oppositionellen Kräften begangen wird, verwendeten die Aktivisten eine große Bandbreite an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Parolen. Sie drückten Besorgnis über die aggressiven Aktionen Russlands gegenüber der Ukraine aus und unterstützten die inhaftierte ukrainische Offizierin N. Sawtschenko (»Putler tötet Sawtschenko«, »Freiheit für Nadija Sawtschenko«, »Freiheit dem Volk, Tod dem Empire«, »Ehre der Ukraine, Ehre den Helden), sie protestierten gegen die ineffiziente Sozialpolitik (»Wegen der Tschernobyl-Tragödie muss das Rentenalter für Männer und Frauen in Homel, Mahileu und der Region Brest auf 60 bzw. 55 Jahre gesenkt werden!«, »Dass er wie ein Maultier arbeitet, liegt an seinem Hundeleben als Pensionär«, »Wir wollen Pflanzen, Jobs, anständige Pensionen, Löhne, Stipendien, Sozialhilfen und Gesetze zurück und keine Präsidialerlasse«), traten für das Recht auf friedlichen Protest ein (»Die Volksrepublik Belarus entstand ohne Genehmigung durch das Minsker Stadtexekutivkomitee!«, »Volk von Belarus! Nieder mit dem Käfig der Luka-Gesetze, verteidigt unser Recht auf friedlichen Protest.«) Außerdem gab es zahllose Motivationsparolen, die sich an die Leute richteten, die lie-

ber zu Hause blieben als zu protestieren (»Das ist nicht dein Business? Dein Business wird in der ersten Runde übernommen«, »22 Jahre im Gefängnis. Wir lechzen nach Freiheit!«, »Freiheit schafft man nicht durch Forderungen, sondern durch Kampf« etc.).

Die Unternehmer bezogen sich zuerst hauptsächlich auf ökonomische Forderungen (sie reichten von speziellen wie »Einzelne Unternehmer sollten nicht für Lieferpapiere zuständig sein!«, »Dekret 222 bedeutet steigende Preise und steigende Arbeitslosigkeit!« bis hin zu allgemeinen: »SOS! Rettet die Wirtschaft!«, »Freiheit für kleine Betriebe!«, »Nein zur Verarmung des Volks«). Als die Verhandlungen mit der Regierung gescheitert waren, wurden die Parolen politischer (»Unternehmer sind ehrliche Leute, die Behörden Banditen!«, »Nur Ploschcha macht Kleinstädter zu echten Bürgern«). Nachdem sich die Führer der Opposition den Aktionen angeschlossen hatten, waren traditionelle politische Parolen wie »Belarus nach Europa« und »Lang lebe Belarus!« zu hören.

Auch die Vereinigte Bürgerschaftliche Partei von Belarus und die Belarussische Volksfrontpartei organisierten eine Reihe von Aktionen, um die festgenommenen Aktivisten der Critical Mass-Bewegung (D. Polienko und S. Konowalow) und den regierungskritischen Blogger A. Paltschys zu unterstützen. Die Aktivisten trugen Banner, auf denen es hieß: »Ich bin auch Critical Mass« und »Aufstehen gegen unrechtmäßige Aktionen von Staatsanwaltschaft und Gerichten!«.

Außerdem hielten die Aktivisten eine Reihe von Mahnwachen zu speziellen Anlässen ab, etwa zur Unterstützung von Sawtschenko (in der Nähe der russischen Botschaft) oder gegen den Bau einer Schweinefarm in Maladschechna. Mitglieder der Jugendfront hielten eine Dauermahnwache auf dem zentralen Platz in Minsk ab, um Unterschriften für die Anerkennung der weiß-rot-weißen Fahne als Nationalerbe zu sammeln.

Aktionsrepertoire

Bei den meisten Protesten griffen die Aktivisten auf ein bewährtes Repertoire zurück und reduzierten Improvisationen auf ein Minimum. Besonders gilt das für die »traditionellen« Aktionen wie *Charnobylski Schlyakh*, *Dzen Voli* und *Dziady*. Die Teilnehmer trugen weiß-rot-weißen Fahnen und politische Bannern und riefen auf der vom Minsker Stadtexekutivkomitee bestimmten Route Parolen wie »Lang lebe Belarus!«, »Belarus nach Europa!« und »Zusammen!«. Anschließend gab es eine kurze Versammlung. Im Rahmen des *Dziady* errichteten die Aktivisten in Kurapaty Kreuze, entzündeten Kerzen und legten Blumen nieder. Am Ende von *Charnobylski Schlyakh* stimmten die Menschen ein gemeinsames Gebet zum Gedenken an die Opfer der Tschernobyl-Tragödie an.

Um ihre Solidarität mit Palchys und Critical Mass auszudrücken, bildeten Aktivisten die sogenannten »Ketten der Solidarität«: Sie stellten sich in der Nähe des Gerichts auf, an dem der Prozess stattfand und zeigten Porträts der Inhaftierten. Einige Aktionen beinhalteten Performance-Elemente: Bei der Veranstaltung anlässlich des Jahrestags von »Ploschcha 2006« spielten Teilnehmer beispielsweise die Auflösung des Zeltcamps am Kastrycnizkaya-Platz nach.

die Unternehmer bewegten sich anfangs innerhalb des gesetzlichen Rahmens: Sie versuchten, ihre Anliegen durch Treffen mit Behördenvertretern zu erreichen, sowie durch die Organisation von durch die Regierung genehmigten Foren. Zudem nahmen sie bewusst Abstand von einer Kooperation mit der politischen Opposition, durch die sie nicht diskreditiert werden wollten. Nachdem die Verhandlungen nicht erfolgreich waren, wandten sie sich den Protesten zu, die sowohl in regionalen Städten als auch in der Hauptstadt stattfanden.

Repressionen

Die Behörden setzten 2016 eine große Bandbreite an Mitteln zur Verhinderung oder Minimierung von Protesten ein. Brutale Gewalt kam zwar selten zum Einsatz, die Strafverfolgungsbehörden setzten jedoch schwächere Repressionen gegen die Aktivisten ein, etwa präventive Festnahmen, Geldstrafen, behördliche Drohung mit Ausschluss aus der Universität oder Entlassung vom Arbeitsplatz gegen Protestteilnehmer. Die Organisatoren der Protestaktionen wurden in der Regel mit Geldstrafen belegt.

Grundlage hierfür sind die repressiven Gesetze zur Regulierung von Massenveranstaltungen. Wie in Artikel 10 des Gesetzes »Über Massenveranstaltungen in Belarus« ausgeführt, das laut Einschätzung der OSZE und der Venedig-Kommission internationale Standards nicht erfüllt, sollen die Organisatoren vor jeder Versammlung einer Vereinbarung mit lokalen und regionalen Behörden über die Aufrechterhaltung der Ordnung auf der jeweiligen Massenveranstaltung zustimmen. Anschließend werden sie angehalten, die Sanitärerdienste und die Straßenreinigung zu zahlen – eine Summe, die sich auf drei- bis fünftausend US-Dollar beläuft.

Viele Aktivisten wurden wegen der Verletzung des Massenversammlungsrechts mit Geldstrafen belegt: Sergej Palschewsky, Alexandr Makajew, Julia Stepanowa, Artem Tschernjak, Anatoly Schimtschenko, Grigory Kostusew und Ales Mech, um nur einige zu nennen. Einige von ihnen mussten enorme Geldsummen bezahlen. Der Aktivist der Belarussischen Christdemokraten P. Sewerinez zahlte zum Beispiel viertausend US-Dollar für

die Organisation von acht Versammlungen. Außerdem genehmigten die Behörden gerade einmal drei der 49 Protestaktionen, die im Laufe des Jahres stattfanden, so dass Aktivisten auf legale Weise wegen der Teilnahme an »illegalen« Aktionen verfolgt werden konnten.

Diese Maßnahmen sind zwar nicht verpflichtend, die Behörden können diese Bestimmung aber willkürlich einsetzen, um die Organisatoren mit Geldstrafen zu belegen oder wegen unerwünschter Versammlungen festzunehmen. Gleichzeitig laufen Massenversammlungen zur Unterstützung der Regierung in der Regel ohne irgendwelche Probleme ab.

Von der im Großen und Ganzen eher »milden« Behandlung der Protestierenden im Jahr 2016 gab es zwei Ausnahmen: Spezialkräfte haben sechs Mitglieder der Fahrradbewegung »Critical Mass« während einer ihrer regulären Versammlungen brutal zusammengeschlagen und verhaftet, obwohl die Bewegung selbst sich von politischen Themen distanziert und sich auf die Forderung nach städtischer Infrastruktur für Fahrradfahrer konzentriert. Über zwei Aktivisten wurde eine polizeiliche Akte angelegt und einer, Dmitry Polienko, wurde wegen Gewalt gegen einen Polizisten und der Verbreitung pornographischen Materials verurteilt. (Der Vorwurf der Verbreitung pornographischen Materials bezog sich darauf, dass er ein Video eines belarussischen Musikkkanals über seinen Account in den Sozialen Medien geteilt hatte.)

Auch gegen den Jugendfront-Aktivisten Daschke-witsch setzten Polizisten Gewalt ein, er versuchte, die feierliche Enthüllung eines Lenin-Gedenkorts in der Nähe der Minsker Traktorenwerke zu sabotieren. Er sagte aus, im Gefängniswagen geschlagen und sogar gefoltert worden zu sein; anschließend wurde er mit einer Geldstrafe wegen Gewalt gegen einen Offizier der Spezialkräfte belegt.

Resümee

Das geringe Ausmaß der Proteste im Jahr 2016 kann als Folge von Prozessen angesehen werden, die bis 2011 zurückreichen. Die Strafverfolgungsbehörden eliminierten von 2011 bis 2013 jede potentielle Protestquelle und trieben damit die Kosten einer Teilnahme an kollektiven Aktionen für gewöhnliche Bürger dramatisch in die Höhe. Sie begannen, Menschen wegen des kleinsten Hinweises auf Protest brutal zu verfolgen: Etliche Aktivisten wurden sogar lediglich für das Teilen politisch aufgeladener Karikaturen über ihre Accounts in den Sozialen Medien mit Geldbußen belegt.

Die Praxis der präventiven Festnahmen von Aktivisten erwies sich als wirksame Maßnahme: Vor den wichtigen Terminen des oppositionellen Gedenkkalenders oder vor oppositionellen Massenaktionen wurden Akti-

visten unter dem Vorwand der Übertretung verschiedener Gesetze inhaftiert. Nach zehn bis fünfzehn Tagen Haft wegen ordnungswidrigen Verhaltens konnte es vorkommen, dass sie zu einer weiteren anschließenden Haft verurteilt wurden. Sogar Mahnwachen und Performances wurden eher selten, denn die Gerichte verhängten Geldstrafen für jede Art von Parole, die die Aktivisten verwendeten.

2011 waren auch kleinere Zusammenschlüsse von Akteuren wie Online-Communities und zivilgesellschaftliche Bewegungen in der Lage, große Proteste zu organisieren, die zehn- bis fünfzehntausend Teilnehmer anzogen. 2016 nahmen an der größten Protestaktion bloß tausend Menschen teil. Nur insgesamt drei von 49 Aktionen (inklusive Mahnwachen) wurden von den Behörden genehmigt: Es ist klar, dass die Strafverfolgungsbehörden die »rituellen« und hochsymbolischen Anlässe Charnobylski Schlyakh, Dzen Voli and Dziady nicht als potentielle Bedrohung des Regimes ansahen. Aus diesem Grund fanden diese Aktionen weit weg vom Stadtzentrum statt und hielten sich streng an die vom Minsker Stadtexekutivkomitee vorgegebenen Auflagen.

Die Eskalation des ukrainische Euromaidan war der letzte Nagel im Sarg der belarussischen Massenpro-

teste von 2015/2016. Von der Orangen Revolution inspirierte Aktivisten, die die wohl denkwürdigste und einflussreichste Protestveranstaltung in der belarussischen Geschichte organisiert hatten, realisierten plötzlich, dass eine friedliche Revolution in gewaltsame Kämpfe mit Sondereinheiten der Polizei und im Innern eingesetzte Militäreinheiten münden kann. Im belarussischen Kontext hätte eine größer angelegte Revolution vom Format der ukrainischen brutale Folgen haben können, denn Lukaschenka hält die Strafverfolgungsbehörden und die politischen Eliten unter seiner strengen Kontrolle. Zudem könnte ein belarussischer Maidan eine noch aggressivere Reaktion Russlands auslösen.

Im Ergebnis halten die Vertreter der belarussischen Opposition friedliche Massenproteste gegen das politische Regime in Belarus nicht mehr für anwendbar. Stattdessen setzen sie auf soziale Unruhen, die aus der rapiden Verschlechterung der Wirtschaft resultieren könnten, wie etwa der Oppositionspolitiker Aljaksandr Milinkewitsch in einem Interview erklärt. Doch selbst diese Perspektive scheint unrealistisch, denn laut IISEPS-Umfragen passen die Belarussen sich lieber schlechter werdenden Bedingungen an als gegen sie zu protestieren.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Dr. Vasil Navumau ist mit Förderung durch den DAAD Gastwissenschaftler der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. In diesem Jahr ist seine Analyse der belarussischen Proteste von 2006 als Buch erschienen.

Im Text zitierte Literatur

- Dynko, Andrej & Bulhakau, Valer (Hg.) (2011): Chryščenne nacyi. Masavyja akcyi 1988–2009 [The baptism of a nation: Mass rallies in Belarus in 1988–2009], Belaruskaje historyčnaje tavarystva; Vilnja: Instytut belarussistyki; Minsk: Palityčnaja sfera
- IISEPS Meinungsumfragen: <<http://www.iiseps.org/?p=4703>, <http://www.iiseps.org/?p=4072>>
- Milinkewitsch, Aljaksandr (2016): Interview mit Radio Svoboda, <<http://www.svaboda.org/a/27620580.html>>
- Navumau, Vasil (2016): The Belarusian Maidan in 2006. A New Social Movement Approach to the Tent Camp Protest in Minsk, Verlag Peter Lang.
- OSZE-Abschlussbericht zu den Präsidentschaftswahlen 2015 in Belarus: <<http://www.osce.org/ru/odihr/elections/belarus/221346?download=true>>
- Yahorau, Andrei (2008): Massovyje politicheskie akcii v Belarusi: problemy analiza [Mass political actions in Belarus: The problems of analysis], Palityčnaja sfera, 10, 79–92